

Der Gesellschafter

Zeitschrift für Gesellschafts- und Unternehmensrecht

Herausgegeben von
Nikolaus Arnold und Susanne Kalss

GesRZ

Susanne Kalss/Stephan Probst

Geschäftschance und Wettbewerbsverbot

Christian Feltl

Modifikation von GmbH-Ergebnisverwendungsbeschlüssen

Michal Dobrowolski

Rahmenbedingungen für Initial Coin Offerings

Philipp Stanek

Kapitalerhaltung bei Einbringungen ohne Anteilsgewähr

Susanne Kalss

Änderung der Stiftungserklärung

Aus der aktuellen Rechtsprechung

OGH-Entscheidungen zu Personen- und Kapitalgesellschaften,
zum Unternehmensrecht sowie zu Privatstiftungen

Unternehmensrecht aktuell

Nationale und europäische Gesetzgebung
FMA verstärkt Aufsicht im IT-Bereich

Inhalt

SUSANNE KALSS	
Hohe Verwaltungsstrafen verlangen neues Verwaltungsstrafrecht	129
THOMAS BARTH / GEORG DURSTBERGER	
Unternehmensrecht aktuell	131
SUSANNE KALSS / STEPHAN PROBST	
Die Geschäftschance, die große Schwester des Wettbewerbsverbots.....	135
CHRISTIAN FELTL	
Wankelmut tut selten gut: Zur nachträglichen Modifikation von Ergebnisverwendungsbeschlüssen im Recht der GmbH.....	142
MICHAL DOBROWOLSKI	
Überblick über die unterschiedlichen aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen für Initial Coin Offerings	147
PHILIPP STANEK	
Die Kapitalerhaltung bei Einbringungen ohne Anteilsgewähr gemäß § 19 Abs 2 Z 5 UmgrStG	158
SUSANNE KALSS	
Wie hat der Stiftungsvorstand bei der Änderung der Stiftungserklärung vorzugehen?.....	165
Aus der aktuellen Rechtsprechung	
OGH	
Handlungsvollmacht und Schiedsgerichtsvereinbarung.....	174
OG: Bestellung eines zusätzlichen Liquidators	178
Verbotene Einlagenrückgewähr an zukünftige Aktionärin.....	179
GmbH: Streit um die Gesellschafterstellung	182
D&O-Versicherung für den Vorstand einer Privatstiftung.....	187
Vermögenswidmung an eine Privatstiftung.....	191
Rezensionen	134, 157, 164

Impressum

Periodisches Medienwerk: Der Gesellschafter – Zeitschrift für Gesellschafts- und Unternehmensrecht. „Der Gesellschafter“ ist zu zitieren: GesRZ Kalenderjahr, Seite. Grundlegende Richtung: Diese Fachzeitschrift befasst sich mit Problemen auf allen Gebieten des Gesellschafts- und Unternehmensrechts anhand von Theorie und Praxis. Sie erscheint sechsmal jährlich, und zwar im Februar, April, Juni, August, Oktober und Dezember. Jahresabonnement 2018 Print & Online: € 196,51 inkl. MwSt., zzgl. Versandkosten. Preis des Einzelheftes: € 35,- inkl. 10 % MwSt., zzgl. Versandkosten. Unterbleibt die Abbestellung, so läuft das Abonnement um jeweils ein Jahr zu den jeweils gültigen Konditionen weiter. Abbestellungen sind nur zum Ende eines Jahres möglich und müssen bis jeweils spätestens 30. November schriftlich erfolgen. Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Bewilligung des Verlages gestattet. Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Fachzeitschrift trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Verlages, der Herausgeber oder der Autoren ausgeschlossen ist.

Mit der Einreichung seines Manuskriptes räumt der Autor dem Verlag für den Fall der Annahme das übertragbare, zeitlich und örtlich unbeschränkte ausschließliche Werknutzungsrecht (§ 24 UrhG) der Veröffentlichung in dieser Zeitschrift ein, einschließlich des Rechts der Vervielfältigung in jedem technischen Verfahren (Druck, Mikrofilm etc.) und der Verbreitung (Verlagsrecht) sowie der Verwertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, des Rechts der Vervielfältigung auf Datenträgern jeder Art, der Speicherung in und der Ausgabe durch Datenbanken, der Verbreitung von Vervielfältigungsstücken an die Benutzer, der Sendung (§ 17 UrhG), sonstigen öffentlichen Wiedergabe (§ 18 UrhG) sowie der öffentlichen Zurverfügungstellung, insbesondere über das Internet (§ 18a UrhG). Gemäß § 36 Abs. 2 UrhG erlischt die Ausschließlichkeit des eingeräumten Verlagsrechts mit Ablauf des dem Erscheinen des Beitrages folgenden Kalenderjahres; dies gilt für die Verwertung durch Datenbanken nicht.

ISSN 0250-6440

Herausgeber und Redaktion:

Rechtsanwalt Dr. Nikolaus Arnold,
1020 Wien, Wipplingerstraße 10
Univ.-Prof. Dr. Susanne Kalss, LL.M.,
1020 Wien, Institut für Zivil- und Unternehmensrecht,
WU, Welthandelsplatz 1
E-Mail: gesrz@lindeverlag.at

Medieninhaber und Medienunternehmen:

Linde Verlag Ges.m.b.H.,
A-1210 Wien, Scheydgasse 24
Telefon: 24 630 Serie
Telefax: 24 630-23 DW
E-Mail: office@lindeverlag.at
http://www.lindeverlag.at
DVR 0002356

Rechtsform der Gesellschaft: Ges.m.b.H.

Sitz: Wien, Firmenbuchnummer 102235x

Firmenbuchgericht: Handelsgericht Wien,

ARA-Lizenz-Nr.: 3991

Gesellschafter: Die Verlassenschaft nach Herrn Axel Jentsch (mit 99 %) und Mag. Andreas Jentsch (mit 1 %)

Geschäftsführer: Mag. Klaus Kornherr

P. b. b. – Verlagspostamt 1210 Wien –

Erscheinungsort Wien

Herstellung

jentsch
www.jentsch.at

Druckerei Hans Jentsch & Co GmbH

1210 Wien, Scheydgasse 31,

Tel.: 01/ 278 42 16-0; E-Mail: office@jentsch.at;

mehrfach umweltzertifiziert

(http://www.jentsch.at)

NZG

Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

WU
D3-Z196

Das gesamte Recht der Personen- und Kapitalgesellschaften mit M&A, Handels- und Kapitalmarktrecht, Insolvenz-, Steuer- und Bilanzrecht

Geschäftsführende Herausgeber

Prof. Dr. Holger Altmeppen
Prof. Dr. Alfred Bergmann
Prof. Dr. Wulf Goette
Prof. Dr. Jürgen Götz
Prof. Dr. Joachim Hennrichs
Prof. Dr. Dieter Leuring
Prof. Dr. Peter O. Müllbert
Dr. Kersten von Schenck
Dr. Sven H. Schneider
Prof. (em.) Dr. Dres. h. c.
Harm Peter Westermann
Dr. Hildegard Ziemons

www.nzg.beck.de

Aus dem Inhalt

A. Zenner/J. Raapke

Sicherheitsleistungsverpflichtung der Konzernmutter bei der Beendigung von Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträgen für Verlustausgleichsansprüche von Konzernunternehmen 681

I. Zöllner-Petzoldt/N. Höhling

Die Annahme von Aktienoptionen als Directors' Dealings 687

M. Sikora

Die fremdsprachliche Tätigkeit des Notars im Gesellschaftsrecht – ein kostenrechtlicher Überblick 691

BGH

Einziehung ausstehender Einlagen durch den Liquidator einer Fondsgesellschaft 700

BGH

„Kleiner Schadensersatz“ aus Prospekthaftung bei Beitritt zu einer Anlagegesellschaft 705

BGH

Einheitlicher Streitgegenstand bei Klage aus Prospekthaftung 709

BFH

Keine steuerneutrale unentgeltliche Übertragung eines Gewerbebetriebs bei Vorbehaltsnießbrauch 713

BGH

Gewerbliche Weitervermietung: Werkwohnungsangebot als Wettbewerbsvorteil jenseits einer Gewinnerzielungsabsicht (Anm. M. Häublein) 718



C.H. BECK

18/2018

21. Juni 2018

21. Jahrgang S. 681–720



8250201818

Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

NZG 18/2018



Inhalt

Aufsätze

- A. Zenner/J. Raapke*, Sicherheitsleistungsverpflichtung der Konzernmutter gemäß § 303 AktG bei der Beendigung von Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträgen für (gegenwärtige und zukünftige) Verlustausgleichsansprüche von Konzernunternehmen gemäß § 302 AktG 681
- I. Zöllner-Petzoldt/N. Höhling*, Die Annahme von Aktienoptionen als Directors' Dealings 687
- M. Sikora*, Die fremdsprachliche Tätigkeit des Notars im Gesellschaftsrecht – ein kostenrechtlicher Überblick 691

Bericht

- A.-H. Bischke/S. Brack*, Neuere Entwicklungen im Kartellrecht – Kartellrecht bei M & A Transaktionen: Informationsaustausch und „Pre-Closing Covenants“ im Fokus der Kartellbehörden 696

Mitteilungen

- B. Sangmeister*, Münchner Steuerfachtagung 2018 698

Literatur

- K. J. Hopt* ua, Handelsgesetzbuch (*Red.*) 699

Rechtsprechung

Personengesellschaftsrecht

- BGH 30. 1.18 – II ZR 137/16 Einziehung ausstehender Einlagen durch den Liquidator einer Fondsgesellschaft 700

Kapitalgesellschaftsrecht

- OLG Karlsruhe 31. 1.18 – 12 W 45/17 Befangenheit eines Sachverständigen im Spruchverfahren (Ls.) 705

Kapitalmarktrecht

- BGH 6. 2.18 – II ZR 17/17 „Kleiner Schadensersatz“ aus Prospekthaftung bei Beitritt zu einer Anlagegesellschaft 705
- BGH 21.11.17 – II ZR 180/15 Einheitlicher Streitgegenstand bei Klage aus Prospekthaftung 709

Verfahrens- und Kostenrecht

- BGH 27. 2.18 – VI ZR 156/17 Berufungsgerichtlicher Gehörsverstoß durch Übergehen von Beklagtenvortrag 711

BFH 25. 1.17 – X R 59/14 Keine steuerneutrale unentgeltliche Übertragung eines Gewerbebetriebs bei Vorbehaltsnießbrauch

BGH 17. 1.18 – VIII ZR 241/16 Gewerbliche Weitervermietung: Werkwohnungsangebot als Wettbewerbsvorteil jenseits einer Gewinnerzielungsabsicht mit Anmerkung von M. Häublein

**Fachanwalts-Lehrgang
Handels- & GesR**

5% Frühbucherrabatt
bei Anmeldung bis 3 Monate
vor Veranstaltungsbeginn

Köln start: 20.09.2018
München start: 22.11.2018

→ ESF-wird beantragt - 30% bzw. 50% Förderung für Baden-Württemberger

Weitere Informationen finden Sie unter www.ARBBER-seminare.de



Tel. 07066 - 90 08 0
Fax 07066 - 90 08 22
Kontakt@ARBBER-seminare.de
www.ARBBER-seminare.de

**Fachanwalts-Lehrgang
Intern. Wirtschaftsrecht**

Köln Start: 27.09.2018



Weitere Informationen finden Sie unter www.ARBBER-seminare.de



Tel. 07066 - 90 08 0
Fax 07066 - 90 08 22
Kontakt@ARBBER-seminare.de
www.ARBBER-seminare.de

ISSN 1434-9272

**NZG – Neue Zeitschrift
für Gesellschaftsrecht**

Schriftleitung:

Rechtsanwalt Professor *Dr. Martin Weber*.
Beethovenstraße 7 b, 60325 Frankfurt a. M.;
Telefon: (0 69) 75 60 91-0; Telefax: (0 69) 75 60 91-49;
E-Mail: NZG@beck-frankfurt.de

Verlagsredaktion:

Rechtsanwalt Professor *Dr. Martin Weber* (verantwortlich für den Textteil).

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigelegt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das

Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589. Disposition: Herstellung Anzeigen, technische Daten, Telefon (0 89) 3 81 89-598, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de Verantwortlich für den Anzeigenteil: *Bertram Götz*.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX. Der Verlag ist oHG. Gesellschafter sind Dr. Hans Dieter Beck und Dr. h. c. Wolfgang Beck, beide Verleger in München.

Erscheinungsweise: Dreimal im Monat.

Bezugspreise 2018: Jährlich € 419,- (inkl. MwSt.). Vorzugspreis für Bezieher unserer Zeitschrift NJW € 389,- (inkl. MwSt.). Einzelheft: € 15,- (inkl. MwSt.). Versandkosten jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare

können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahresteihe und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter: Telefon: (0 89) 3 81 89-750, Telefax: (0 89) 3 81 89-358. E-Mail: kundenservice@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresschluss erfolgen.

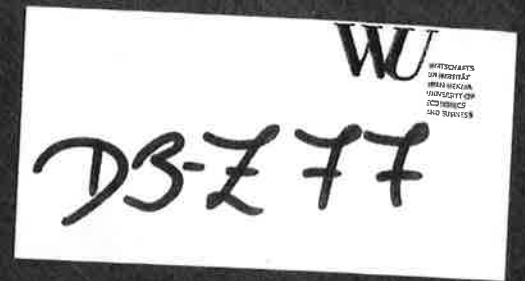
Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an. Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: NOMOS Druckhaus, In den Lissen 12, 76547 Sinzheim.

10/2018

S. 181–200, ART.-NR. 346–381

Juni 2018



Zak

Z I V I L R E C H T A K T U E L L

Herausgeber: Georg E. Kodek, Matthias Neumayr

THEMA

- » **Martin Hanzl/Tamara Rubey:** The smartest contract? Was es bei der Abwicklung von Verträgen über eine Blockchain zu beachten gilt
- » **Manuel Schweiger/Lena Werderitsch:** Verwertung von Dashcam-Aufnahmen im Zivilprozess
- » **Wolfgang Kolmasch:** Fristenhemmung im Sommer

GESETZGEBUNG

- » Aktuelle Gesetzesvorhaben

RECHTSPRECHUNG

- » Örtliche Zuständigkeit für Unterlassungsklage gegen titellose Benützung
- » Kein Ersatz für intransparente Entgeltklausel durch ergänzende Vertragsauslegung
- » Verbot des Pflegeregresses – Rückwirkung auch in anhängigen Verfahren

**IN ALLER KÜRZE**

183

THEMA

Martin Hanzl/Tamara Rubey: The smartest contract? Was es bei der Abwicklung von Verträgen über eine Blockchain zu beachten gilt	184
Manuel Schweiger/Lena Werderitsch: Verwertung von Dashcam-Aufnahmen im Zivilprozess	187
Wolfgang Kolmasch: Fristenhemmung im Sommer	191

GESETZGEBUNG

Aktuelle Gesetzesvorhaben (Stand: 21. 6. 2018)	192
--	-----

RECHTSPRECHUNG**» FAMILIENRECHT**

Ausdehnung des Unterhaltsbegehrens im Außerstreitverfahren unbeschränkt zulässig	193
Anwendung des Rechts des neuen Aufenthaltsstaats auf vergangene Unterhaltszeiträume?	193
Keine Unterhaltsminderung wegen üblicher Kontakte	193
Wohnungserhaltungsanspruch rechtfertigt kein Besuchsverbot	194

» SACHENRECHT

Nachbarrechtlicher Unterlassungsanspruch gegen Kinderlärm?	194
Örtliche Zuständigkeit für Unterlassungsklage gegen titellose Benützung	194

» SCHULDRECHT

Miete eines Flüssiggastanks – Überwälzung der Überprüfungskosten zulässig	195
Kein Ersatz für intransparente Entgeltklausel durch ergänzende Vertragsauslegung	195
Kein Verwahrungsvertrag bei Übergabe einer anderen als der vereinbarten Sache	195
Sicherstellungsanspruch bei Bauverträgen unabhängig von Vorleistungen	195
Verbot des Pflegeregresses – Rückwirkung auch in anhängigen Verfahren	196

» MIET- UND WOHNRECHT

Befristung eines Wohnungsmietvertrags – Endtermin, Verlängerung	196
Kündigung eines Geschäftsobjekts unter Ersatzbeschaffung – Gleichwertigkeit	196
Ersichtlichmachung einer Benützungsregelung – Voraussetzungen, Rechtsmittellegitimation	196
Keine Bestellung eines vorläufigen Verwalters während Anfechtung des Bestellungsbeschlusses	197
Erhaltungspflicht der Eigentümergemeinschaft – Sonderausstattung, Sanierungsvarianten	197
Exekution auf WGG-Nutzungsrecht – keine Berücksichtigung der Exekutionsbeschränkung im Räumungsprozess	198

INHALTSVERZEICHNIS/IMPRESSUM

» **SCHADENERSATZ**

Sorgfaltspflichten von Radfahrern bei Radrennen	198
Verdienstentgang – Bemessung ohne steuerfreies Fünftel	198

» **VERFAHRENSRECHT**

Wirkung der Klagszurücknahme unter Anspruchsverzicht	198
Prozesskostenersatz nach Klagszurücknahme	199
Berichtigung einer falschen Euro-Schilling-Umrechnung in einer Entscheidung	199
Anfechtung eines nicht gesondert anfechtbaren Beschlusses	199

LITERATURÜBERSICHT

200

Herausgeber:

Hofrat des OGH Univ.-Prof. Dr. Georg E. Kodek, LL.M.,
Senatspräsident des OGH Univ.-Prof.
Dr. Matthias Neumayr

Redaktion:

Mag. Wolfgang Kolmasch
E-Mail: wolfgang.kolmasch@lexisnexus.at

Impressum:

Offenlegung gemäß § 25 MedienG:

Medieninhaber und Herausgeber iSd § 1 Abs 1 Z 8 und Z 9 MedienG: LexisNexis Verlag ARD Orac GmbH & Co KG | Sitz: Marxergasse 25, 1030 Wien | Unternehmensgegenstand: LexisNexis ARD Orac ist ein führender Fachverlag in Österreich im Bereich Steuern, Recht und Wirtschaft, der die Tradition der Verlagshäuser Orac und ARD unter internationalem Dach fortführt. LexisNexis ARD Orac ist ein Tochterunternehmen der international tätigen Verlagsgruppe RELX Group, deren Legal Division weltweit unter dem Namen LexisNexis firmiert. | Blattlinie: Rechtsinformation und Wirtschaftsinformation; aktuelle rechtliche Neuerungen | Geschäftsführung: Alberto Sanz de Lama | Unbeschränkt haftender Gesellschafter: Orac Gesellschaft m.b.H., Marxergasse 25, 1030 Wien | Kommanditist: Reed Messe Salzburg Gesellschaft m.b.H., Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg | Beteiligungsverhältnisse: Alleiniger Gesellschafter der Orac Gesellschaft m.b.H.: Reed Elsevier Austria GmbH, Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg | Gesellschafter der Reed Messe Salzburg Gesellschaft m.b.H.: Reed Elsevier Overseas B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam (0,1 %), Reed Elsevier Austria GmbH, Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg (99,9 %) | Alleiniger Gesellschafter der Reed Elsevier Austria GmbH: Reed Elsevier Overseas B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam | Alleiniger Gesellschafter der Reed Elsevier Overseas B.V.: Reed Elsevier Holdings B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam | Gesellschafter der Reed Elsevier Holdings B.V.: RELX Group plc, 1-3 Strand (http://www.relxgroup.com/aboutus/Pages/Home.aspx), London WC2N 5JR (50 %), Reed Elsevier Holdings Ltd., 1-3 Strand, London WC2N 5JR (50 %) | Gesellschafter der RELX Group plc: RELX PLC (52,9 %), RELX NV (47,1 %) | Gesellschafter der RELX PLC: mehr als 75 % im Streubesitz | Gesellschafter der RELX NV: mehr als 75 % im Streubesitz | Gesellschafter der Reed Elsevier Holdings Ltd.: RELX Group plc (100 %) | Redaktion: Marxergasse 25, 1030 Wien.

Lektorat und Autorenbetreuung:

Mag. Viktoria Safer-Eckert, BA
1030 Wien, Marxergasse 25
Tel. +43-1-534 52-1121, Fax DW 146
E-Mail: viktoriasafer-eckert@lexisnexus.at

Abonnentenservice:

Tel. +43-1-534 52-0 | Fax DW 141
E-Mail: kundenservice@lexisnexus.at

Anzeigen & Mediadaten:

Alexander Mayr
1030 Wien, Marxergasse 25
Tel. +43-1-534 52-1116, Fax DW 144
E-Mail: anzeigen@lexisnexus.at
http://lesen.lexisnexus.at/zs/zak/
mediadaten.html

Derzeit gilt Anzeigenpreisliste Stand Jänner 2018 | Verlags- und Herstellungsort: Wien | Die Zeitschrift erscheint 22-mal im Jahr | Einzelheftpreis 2018: 18 €, Jahresabonnement 2018: 289 € inkl. MWSt bei Vorauszahlung; Preisänderungen vorbehalten | Bankverbindung: Bank Austria, IBAN: AT84 1200 0504 2346 8600, BIC: BKAUATWW | Abbestellungen sind nur zum Jahresschluss möglich, wenn sie bis spätestens 30.11. schriftlich einlangen | Druck: Prime Rate GmbH, Megyeri út 53, H-1044 Budapest. ISSN 1996-2428.

Verlagsrechte: Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte bleiben vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm, Aufnahme in eine Datenbank oder auf Datenträger oder auf andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Das gilt auch für die veröffentlichten Entscheidungen und deren Leitsätze, wenn und soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung redigiert, erarbeitet oder bearbeitet wurden und daher Urheberrechtsschutz genießen. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopie hergestellt werden. Bitte beachten Sie: Für Veröffentlichungen in unseren Zeitschriften gelten unsere AGB für Zeitschriftenautorinnen und -autoren (abrufbar unter <https://www.lexisnexus.at/agb/agb-zeitschriften-autoren/>) sowie unsere Datenschutzerklärung (abrufbar unter <https://www.lexisnexus.at/datenschutzbestimmungen/>).

Trotz sorgfältigster Bearbeitung erfolgen alle Angaben ohne Gewähr. Eine Haftung des Verlages, der Herausgeber und der Autoren ist ausgeschlossen. Dies gilt auch für Inhalte, die exklusiv digital veröffentlicht werden.

NZG

Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z196

Das gesamte Recht der Personen- und Kapitalgesellschaften mit M&A, Handels- und Kapitalmarktrecht, Insolvenz-, Steuer- und Bilanzrecht

Geschäftsführende Herausgeber

Prof. Dr. Holger Altmeppen

Prof. Dr. Alfred Bergmann

Prof. Dr. Wulf Goette

Prof. Dr. Jürgen Götz

Prof. Dr. Joachim Hennrichs

Prof. Dr. Dieter Leuering

Prof. Dr. Peter O. Müllbert

Dr. Kersten von Schenck

Dr. Sven H. Schneider

Prof. (em.) Dr. Dres. h. c.

Harm Peter Westermann

Dr. Hildegard Ziemons

www.nzg.beck.de

Aus dem Inhalt

C. Cramer

Das Prüfungsrecht des Registergerichts bei fehlenden oder fehlerhaften Prozentangaben in der GmbH-Gesellschafterliste

721

J. Maidl

Rechtsbeziehungen des Zielunternehmens in der M&A Transaktion – Change of Control Klausel als neue Spaltungsbremse?

726

A. Menkel

Rückzahlung gewinnunabhängiger Ausschüttungen als erneute Einzahlung der Einlage?

731

BGH

Auskunftsanspruch des Kommanditisten gegen Mittelverwendungskontrolleur

736

OLG Frankfurt a. M.

Begründung von Stimm- und Vertretungsverböten von GbR-Gesellschaftern bei allen Gesellschaftern zustehenden Vergünstigungen gegenüber der Gesellschaft

740

BGH

Prüfungsumfang im Musterverfahren

744

OLG Karlsruhe

Parteifähigkeit einer irischen general partnership

757


C.H.BECK

19/2018

28. Juni 2018

21. Jahrgang S. 721–760



8250201819



Inhalt

Aufsätze	<i>C. Cramer</i> , Das Prüfungsrecht des Registergerichts bei fehlenden oder fehlerhaften Prozentangaben in der GmbH-Gesellschafterliste	721
	<i>J. Maidl</i> , Rechtsbeziehungen des Zielunternehmens in der M&A Transaktion – Change of Control Klausel als neue Spaltungsbremse?	726
Bericht	<i>G. Burwitz</i> , Neuere Entwicklungen im Steuerrecht – BVerfG vom 10.4.2018 zu § 7 S. 2 GewStG und die Rechtfertigung der Gewerbesteuer	729
Zur Rechtsprechung	<i>A. Menkel</i> , Rückzahlung gewinnunabhängiger Ausschüttungen als erneute Einzahlung der Einlage?	731
Literatur	<i>J. Semler/R. Volhard/J. Reichert</i> , Arbeitshandbuch für die Hauptversammlung (<i>C. Götze</i>)	734
	<i>R. Lutz</i> , Der Gesellschafterstreit (<i>K. von der Linden</i>)	734
	<i>G. Bitter</i> ua, Scholz, Kommentar zum GmbH-Gesetz. Band 1 (<i>L. Hübner</i>)	735
	<i>D. A. Zetzsche/M. Lehmann</i> , Grenzüberschreitende Finanzdienstleistungen (<i>B. Steinrötter</i>)	735

Rechtsprechung

Personengesellschaftsrecht

BGH	8. 2.18 – III ZR 65/17	Auskunftsanspruch des Kommanditisten gegen Mittelverwendungskontrolleur	736
OLG Frankfurt a.M.	22. 3.18 – 2 U 125/17	Begründung von Stimm- und Vertretungsverböten von GbR-Gesellschaftern bei allen Gesellschaftern zustehenden Vergünstigungen gegenüber der Gesellschaft	740

Kapitalmarktrecht

BGH	9. 1.18 – II ZB 14/16	Prüfungsumfang im Musterverfahren	744
OLG Düsseldorf	8. 2.18 – I-6 U 50/17	Keine Haftung einer Ratingagentur gegenüber Anlegern	748

Umwandlungsrecht

OLG Düsseldorf	2. 2.18 – I-3 Wx 169/17	Keine Grundrechtsbeeinträchtigung der Aktionäre bei Abspaltung eines Geschäftsbereichs	752
FG Hessen	10. 11. 17 – 4 K 2005/16	Buchwertfortführung bei Abspaltung des gesamten operativen Betriebs einer Körperschaft (Ls.)	755

ISSN 1434-9272

NZG – Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

Schriftleitung:

Rechtsanwalt Professor *Dr. Martin Weber*.
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a. M.;
Telefon: (0 69) 75 60 91-0;
Telefax: (0 69) 75 60 91-49;
E-Mail: NZG@beck-frankfurt.de

Verlagsredaktion:

Rechtsanwalt Professor *Dr. Martin Weber* (verantwortlich für den Textteil).

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das

Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589. Disposition: Herstellung Anzeigen, technische Daten, Telefon (0 89) 3 81 89-598, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de Verantwortlich für den Anzeigenteil: *Bertram Götz*.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-398, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX. Der Verlag ist oHG. Gesellschafter sind *Dr. Hans Dieter Beck* und *Dr. h. c. Wolfgang Beck*, beide Verleger in München.

Erscheinungsweise: Dreimal im Monat.

Bezugspreise 2018: Jährlich € 419,- (inkl. MwSt.). Vorzugspreis für Bezieher unserer Zeitschrift NJW € 389,- (inkl. MwSt.). Einzelheft: € 15,- (inkl. MwSt.). Versandkosten jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare

können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestitellei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:
Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
Telefax: (0 89) 3 81 89-358.
E-Mail: kundenservice@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an. Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: NOMOS Druckhaus, In den Lissen 12, 76547 Sinzheim.

WWM**WERTPAPIER-
MITTEILUNGEN****Zeitschrift
für Wirtschafts-
und Bankrecht****24**16. Juni 2018
72. Jahrgang
Seiten 1113-1148**WU**
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS**D3-Z187****Redaktion:**Rechtsanwalt
Dr. Christopher Kienle,
Frankfurt a. M.Rechtsanwalt
Dr. Andreas Lange,
Frankfurt a. M.Prof. Dr. Tobias Lettl,
PotsdamRechtsanwalt
Dr. Helmut Merkel,
Frankfurt a. M.Arne Wittig,
Essen**Redaktionsbeirat:**Rechtsanwalt
Thorsten Höche,
BerlinRechtsanwältin
Dr. Anna Heidelberg,
Frankfurt a. M.Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. mult.
Klaus J. Hopt,
HamburgRichter am BGH
Dr. Hans-Ulrich Joeres,
KarlsruheRichterin am BGH
Ilse Lohmann,
KarlsruheProf. Dr. Peter O. Mülbert,
Mainz**AUS DEM INHALT:**

Seite 1113

Rechtsanwälte Dr. York Schnorbus und
Dr. Peter Klormann, Frankfurt a. M.Erkrankung eines Vorstandsmitglieds
– Grundlagen und Gestaltungen in der Praxis
– Teil II –

Seite 1122

Rechtsanwalt Reinfrid Fischer, Berlin

Marktmäßige Bedingungen nach § 15 Abs. 1 Satz 1 KWG –
Ermittlung bei Fehlen eines etablierten Marktes besonders
im Sanierungsfall

Seite 1128

OLG Koblenz, 15.3.2018 – 1 U 949/17

Zur Beklagtenseite bei Widerspruch gegen einen Teilungs-
plan aus der Zwangsversteigerung sowie zur Auslegung
einer Grundschuldzweckerklärung

Seite 1131

LG Nürnberg-Fürth, 15.2.2018 – 10 O 3688/17

Zur Frage von Rückzahlungsansprüchen im Zusammenhang
mit der Beteiligung an einem Fonds, insbesondere zur Frage
des Verjährungsbeginns

Seite 1137

BGH, 26.4.2018 – IX ZB 29/17

Zu den Voraussetzungen, unter denen es den wirtschaftlich
Beteiligten nicht zuzumuten ist, die Kosten des vom Insol-
venzverwalter geführten Rechtsstreits aufzubringen

Seite 1140

BGH, 26.4.2018 – IX ZR 56/17

Keine Berufung der Wohnungsgenossenschaft auf eine
Satzungsbestimmung, wonach der Anspruch auf Auszahlung
des Auseinandersetzungsguthabens erst ab dem Zeitpunkt
der Beendigung des Nutzungsverhältnisses oder der Rück-
gabe des Nutzungsobjektes besteht, gegenüber dem Insol-
venzverwalter, der die Mitgliedschaft des Schuldners wirk-
sam gekündigt hatWERTPAPIER-
MITTEILUNGEN
TEIL IV

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

- Rechtsanwälte Dr. York Schnorbus und Dr. Peter Klormann, Frankfurt a. M.
Erkrankung eines Vorstandsmitglieds
– Grundlagen und Gestaltungen in der Praxis –
– Teil II – 1113
- Rechtsanwalt Reinfrid Fischer, Berlin
Marktmäßige Bedingungen nach § 15 Abs. 1 Satz 1 KWG – Ermittlung bei Fehlen eines
etablierten Marktes besonders im Sanierungsfall 1122



Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

- OLG Koblenz 15.3.2018 1 U 949/17 Zur Beklagtenseite bei Widerspruch gegen einen Teilungs- 1128
plan aus der Zwangsversteigerung sowie zur Auslegung
einer Grundschuldzweckerklärung
- LG Nürnberg-Fürth 15.2.2018 10 O 3688/17* Zur Frage von Rückzahlungsansprüchen im Zusammen- 1131
hang mit der Beteiligung an einem Fonds, insbesondere
zur Frage des Verjährungsbeginns

Insolvenzrecht und Zwangsvollstreckung

- Bundesgerichtshof 19.4.2018 IX ZB 62/17 Zur Bemessung des Streitwerts für einen Anspruch auf 1135
Auskunftserteilung und auf Abgabe einer Eidesstattlichen
Versicherung
- Bundesgerichtshof 26.4.2018 IX ZB 29/17 Zu den Voraussetzungen, unter denen es den wirtschaftlich 1137
Beteiligten nicht zuzumuten ist, die Kosten des vom Insol-
venzverwalter geführten Rechtsstreits aufzubringen; keine
Mutwilligkeit der Rechtsverfolgung bei nur geringer Quo-
tenverbesserung im Falle des Prozessersfolgs
- Bundesgerichtshof 26.4.2018 IX ZR 56/17* Keine Berufung der Wohnungsgenossenschaft auf eine Sat- 1140
zungsbestimmung, wonach der Anspruch auf Auszahlung
des Auseinandersetzungsguthabens erst ab dem Zeitpunkt
der Beendigung des Nutzungsverhältnisses oder der Rück-
gabe des Nutzungsobjektes besteht, gegenüber dem In-
solvenzverwalter, der die Mitgliedschaft des Schuldners
wirksam gekündigt hat
- OLG Koblenz 17.10.2017 10 U 168/17 Schuldbefreiung von Drittschuldner nach § 82 Abs. 1 InsO 1143
bei Bewirkung einer Leistung an einen Ermächtigten



11. Corporate Banking Tag der Börsen-Zeitung

Börsen-Zeitung

Drei große Fragen bewegen die Branche:

- Wie sieht das Firmenkundengeschäft der Zukunft aus?
- Wie gelingt die digitale Transformation im Firmenkundengeschäft?
- Wie lassen sich etablierte und neue Player zusammenbringen?

27. September 2018 – Raddisson Blu Hotel Frankfurt

Informationen: Tel. +49 69 2732 205

Die mit **◆** gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen.

Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.

Die mit einem ***** gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in der Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.

Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskräfthinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Rechtsanwalt Dr. Christopher Kienle, Frankfurt am Main; Professor Dr. Tobias Lettl, LL.M. (EUR), Universität Potsdam; Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt am Main; Arne Wittig, Essen; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt am Main (presserechtlich verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Rechtsanwalt Thorsten Höche, Chefsyndikus des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Berlin (Vorsitzender); Rechtsanwältin Dr. Anna Heidelbach, Leiterin der Rechtsabteilung der DZ-Bank AG, Frankfurt a. M.; Professor Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht a.D., Hamburg; Dr. Hans-Ulrich Joeres, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Ilse Lohmann, Richterin am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Professor Dr. Peter O. Mühlert, Direktor des Instituts für Internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz

Verlag: Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Keppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M., Düsseldorf Straße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Torsten Ulrich, Dr. Jens Zinke

Telefon Redaktion: Dr. Andreas Lange (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.de; Lektorat: Heike Back (0 69) 27 32-172, E-Mail: H.Back@wmrecht.com;

Sekretariat: Sylvia Mahler (0 69) 27 32-188, E-Mail: s.mahler@wmrecht.de

Anzeigen: Ralf Becker (0 69) 27 32-553, E-Mail: r.becker@wmrecht.de; Vertrieb/Nachbestellungen: (0 69) 27 32-142; Telefax (0 69) 23 26 85

Druck: mt druck Walter Thiele GmbH & Co. KG, Carl-Friedrich-Gauß-Straße 6, 63263 Neu-Isenburg, Telefon (0 61 02) 30 77 0.

Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 95,90 (einschl. 7 % MwSt. € 6,27) + € 7,45 Versandkostenzuschlag (einschl. € -,49 MwSt.). Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 9,10 Versandkostenzuschlag. Für Mitglieder der ARGE Bank- und Kapitalmarktrecht gibt es für die Dauer des Fachanwaltslehrgangs einen Rabatt von 50 % auf den Abonnementpreis.

Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.

Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfen bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.

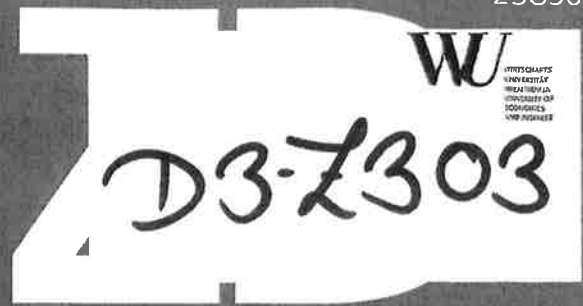
©2018 Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main – ISSN 0342-6971

Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberschutz besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens.

Hinweise für Autoren unter www.wertpapiermitteilungen.de

In Kooperation mit:
 bitkom e.V.
 BvD e.V.
 davit im DAV
 eco e.V.
 VAUNET



ZEITSCHRIFT FÜR DATENSCHUTZ

Herausgeber: RA Prof. Dr. Jochen Schneider · Prof. Dr. Thomas Hoeren · Prof. Dr. Martin Selmayr · RA Dr. Axel Spies · RA Tim Wybitul

AUS DEM INHALT

- | | | |
|--------------------------------|-----|--|
| Umsetzung | 289 | SUSANNE DEHMEL
DS-GVO: Erste Lehren für weitere Datenschutzgesetzgebungen |
| Risiko- und Interessenabwägung | 291 | RASMUS ROBRAHN / BENJAMIN BREMERT
Interessenskonflikte im Datenschutzrecht |
| Cookies | 297 | SIBYLLE GIERSCHMANN
Positionsbestimmung der DSK zur Anwendbarkeit des TMG |
| Tracking | 302 | PATRICK BREYER
Datenschutz im Internet: Zwangsidentifizierung und Surfprotokollierung bleiben verboten |
| Dynamische Prozesssteuerung | 304 | RALF B. ABEL
Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall gem. Art. 22 DS-GVO |
| Digitale Arbeitsteilung | 307 | BERND WAGNER
Private Nutzer als datenschutzrechtliche Verantwortliche im Internet of Things |
| Internationale Zuständigkeit | 312 | ÖOGH: Anwendbarkeit des Verbrauchergerichtsstands auf Sammelklage gegen Facebook |
| Videoaufzeichnung | 320 | AG München: Rechtswidrigkeit des dauerhaften Einsatzes von Dashcams m. Anm. SCHRÖDER |
| Videoaufnahme | 325 | LAG Rheinland-Pfalz: Offene Videoüberwachung und Beweisverwertungsverbot m. Anm. TIEDEMANN |

www.zd-beck.de

Seiten 289–336
 8. Jahrgang 2. Juli 2018
 Verlag C.H.BECK München

7/2018



In Kooperation mit:

bitkom - Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V.

BvD - Berufsverband der Datenschutzbeauftragten Deutschlands e.V.

davit im DAV - Arbeitsgemeinschaft IT-Recht im Deutschen Anwaltverein

eco - Verband der Internetwirtschaft e.V.

VAUNET - Verband Privater Medien

ZD

ZEITSCHRIFT FÜR DATENSCHUTZ

INHALT

7/2018 Seiten 289–336

Umsetzung	Editorial
	289 SUSANNE DEHMEL DS-GVO: Erste Lehren für weitere Datenschutzgesetzgebungen
Risiko- und Interessenabwägung	Beiträge
	291 RASMUS ROBRAHN / BENJAMIN BREMERT Interessenskonflikte im Datenschutzrecht. Rechtfertigung der Verarbeitung personenbezogener Daten über eine Abwägung nach Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO
Cookies	297 SIBYLLE GIERSCHMANN Positionsbestimmung der DSK zur Anwendbarkeit des TMG. Ist ein deutscher Sonderweg wirklich die Lösung?
Tracking	302 PATRICK BREYER Datenschutz im Internet: Zwangsidentifizierung und Surfprotokollierung bleiben verboten. Warum Internetnutzer auch in Zukunft einen besonderen Datenschutz brauchen
Dynamische Prozesssteuerung	304 RALF B. ABEL Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall gem. Art. 22 DS-GVO. Anwendungsbereich und Grenzen im nicht-öffentlichen Bereich
Digitale Arbeitsteilung	307 BERND WAGNER Disruption der Verantwortlichkeit. Private Nutzer als datenschutzrechtliche Verantwortliche im Internet of Things
Internationale Zuständigkeit	Rechtsprechung
	312 ÖOGH: Anwendbarkeit des Verbrauchergerichtsstands auf Sammelklage gegen Facebook Beschluss vom 28.2.2018 – 6 Ob 23/18b
Videokamera	313 OLG Frankfurt/M.: Keine Persönlichkeitsrechtsverletzung durch Kameraattrappe Beschluss vom 12.10.2017 – 3 U 195/16
Verbraucherschutz	315 OLG Frankfurt/M.: Veröffentlichung von Daten der Netzbetreiber im Rahmen der Anreizregulierung Beschluss vom 5.10.2017 – 11 W 25/17 Kart
Datenträger	317 LG Nürnberg-Fürth: Überprüfung der Rechtmäßigkeit einer Datenbeschlagnahme nach Erledigung der Maßnahme Beschluss vom 22.12.2017 – 18 Qs 49/17
Kameraattrappe	319 AG Detmold: Verletzung des Persönlichkeitsrechts durch Kameraüberwachung im Bereich eines Wohnhauses Urteil vom 1.3.2018 – 7 C 429/17



Videaufzeichnung	320 AG München: Rechtswidrigkeit des dauerhaften Einsatzes von Dashcams Urteil vom 9.8.2017 – 1112 OWi 300 Js 121012/17 m. Anm. SCHRÖDER
Vertretungsfall	321 BAG: Sonderkündigungsschutz für „stellvertretende“ DSB Urteil vom 27.7.2017 – 2 AZR 812/16
Hochsensible Daten	323 LAG Hamm: Pflicht zur Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses Urteil vom 26.1.2018 – 10 Sa 1122/17
Videaufnahme	325 LAG Rheinland-Pfalz: Offene Videoüberwachung und Beweisverwertungsverbot Urteil vom 25.10.2017 – 7 Sa 407/16 m. Anm. TIEDEMANN
Sozialdatenschutz	330 LSG Baden-Württemberg: Verpflichtung zur Vorlage von Kontoauszügen und Beinahme zur Akte Urteil vom 22.3.2018 – L 7 AS 2969/17
Löschung von Daten	333 LSG Berlin-Brandenburg: Aufbewahrung von Kontoauszügen durch Sozialbehörde Beschluss vom 8.3.2018 – L 18 AS 2312/17
Unverschlüsselte E-Mail	334 VG Köln: Auskunft über fehlgeleitete E-Mails mit vertraulichen Daten Urteil vom 13.3.2018 – 7 K 9294/16
Gefahrenabwehr	335 VG Berlin: Rechtmäßigkeit einer Identitätsfeststellung und einer Datenabfrage Urteil vom 15.9.2017 – 1 K 229.16

III–IV Inhalt

V–XXII ZD-Fokus

XXII Impressum

Beilagenhinweis

Mit dieser Ausgabe verbreiten wir Beilagen von:

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Baden-Baden

Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

TÜV NORD Akademie GmbH & Co. KG, Hannover

WEKA Akademie GmbH, Wiesbaden

Verlag C.H.BECK oHG, München

Wir bitten unsere Leser um Beachtung!



DS-GVO?
Tauchen Sie tief ein statt unter!
Privacy Conference

27. September 2018 | Berlin
Tickets bereits ab 350 Euro (zzgl. MwSt.):
www.privacy-conference.com

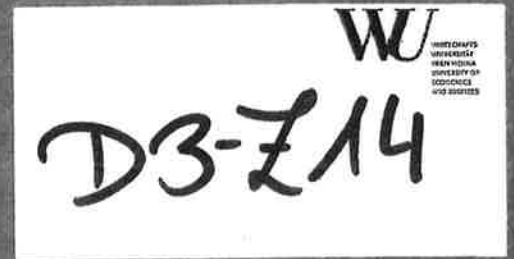
ZD GATEWÄCHTER | **bitkom**

15% Rabatt
Rabattcode:
PC18-ZD

6/2018

S. 191–230, ART.-NR. 36–42

Juni 2018



RWZ

RECHT UND RECHNUNGSWESEN

Herausgeber: Romuald Bertl, Aslan Milla, Robert Reiter,
Christoph Schlager, Thomas Wenger,
Werner Wiesner



GESELLSCHAFTS- & STEUERRECHT

» **Thomas Strobach/Benjamin Fassl:** Register der wirtschaftlichen Eigentümer – Überblick und Analyse zu praktischen Fragestellungen des WiEReG – Fortsetzung

RECHNUNGSWESEN

» **Lisa Marie Ziskovsky:** Neunmonatige Aufstellungsfrist für den nichtfinanziellen Bericht?

» **Stéphanie Mittelbach-Hörmanseder/Maria Sumerauer:** Corporate Governance Kodex in Deutschland und Österreich

» **Harald Amberger/Eva Eberhartinger:** Bilanzielle Behandlung von Umsatzerlösen aus Verträgen mit mehreren Teilleistungen nach dem UGB

» **Romuald Bertl/Christoph Fröhlich:** Bestimmung und Aufteilung des Transaktionspreises in der internationalen Rechnungslegung



GESELLSCHAFTS- & STEUERRECHT

Thomas Strobach/Benjamin Fassl: Register der wirtschaftlichen Eigentümer – Überblick und Analyse zu praktischen Fragestellungen des WiEReG – Fortsetzung 191

Das Register der wirtschaftlichen Eigentümer wurde für die Zwecke der Verhinderung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung eingerichtet und beinhaltet Daten über die wirtschaftlichen Eigentümer von Gesellschaften, Stiftungen und Trusts. Die Fortsetzung dieses Artikels beschäftigt sich mit den Sorgfalts- und Meldepflichten für Rechtsträger, den vorgesehenen Meldebefreiungen, der Möglichkeit Auszüge aus dem Register anzufordern, beschreibt die vorhandenen Strafbestimmungen und wirft einen Blick auf den Konnex zwischen WiEReG und Melderegimen von Finanzinstituten (FATCA, CRS und Meldungen an das Kontenregister) sowie auf das deutsche Transparenzregister. Das Register der wirtschaftlichen Eigentümer wurde für die Zwecke der Verhinderung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung eingerichtet und beinhaltet Daten über die wirtschaftlichen Eigentümer von Gesellschaften, Stiftungen und Trusts. Die Fortsetzung dieses Artikels beschäftigt sich mit den Sorgfalts- und Meldepflichten für Rechtsträger, den vorgesehenen Meldebefreiungen, der Möglichkeit Auszüge aus dem Register anzufordern, beschreibt die vorhandenen Strafbestimmungen und wirft einen Blick auf den Konnex zwischen WiEReG und Melderegimen von Finanzinstituten (FATCA, CRS und Meldungen an das Kontenregister) sowie auf das deutsche Transparenzregister.

JUDIKATUR STEUERRECHT

Werner Wiesner: Konzernerwerbsausschluss betreffend Zinsen für fremdfinanzierte Beteiligungserwerbe in der Unternehmensgruppe 204



RECHNUNGSWESEN

Lisa Marie Ziskovsky: Neunmonatige Aufstellungsfrist für den nichtfinanziellen Bericht? 206

Mit dem NaDiVeG wurde gem § 243b UGB für bestimmte große Unternehmen von öffentlichem Interesse die Verpflichtung eingeführt, eine nichtfinanzielle Erklärung entweder als Teil des Lageberichts oder als gesonderten nichtfinanziellen Bericht aufzustellen. Der vorliegende Beitrag greift die in der Literatur kontrovers diskutierte Frage auf, bis zu welchem Zeitpunkt der gesonderte nichtfinanzielle Bericht spätestens aufzustellen ist.

Stéphanie Mittelbach-Hörmanseder/Maria Sumerauer: Corporate Governance Kodex in Deutschland und Österreich 211

Der vorliegende Beitrag fasst die aktuellsten Änderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex zusammen und stellt diese den kürzlich aktualisierten Regelungen des Österreichischen Corporate Governance Kodex gegenüber.

Harald Amberger/Eva Eberhartinger: Bilanzielle Behandlung von Umsatzerlösen aus Verträgen mit mehreren Teilleistungen nach dem UGB 218

Der vorliegende Beitrag behandelt die bilanzielle Behandlung von Umsatzerlösen aus Verträgen mit mehreren Teilleistungen nach dem UGB. Dabei werden Übereinstimmungen sowie Unterschiede zwischen den Regelungen des IFRS 15 und der bilanziellen Behandlung nach dem UGB aufgezeigt.

RECHNUNGSWESEN-LEXIKON

Romuald Bertl/Christoph Fröhlich: Bestimmung und Aufteilung des Transaktionspreises in der internationalen Rechnungslegung 223

INTERNATIONALER RUNDBLICK

Katharina van Bakel-Auer/Carina Stojaspal 227

Inhalt

„FinanzOnline war zur Zeit seiner Einführung eine digitale Revolution“

Im BFGjournal zu Gast: Mag. Sieglinde Moser, geschäftsführende Partnerin der Hackl & Co Steuerberatungsgesellschaft, im Gespräch mit Dr. Angela Stöger-Frank



BFG und Höchstgerichte: Begünstigte Mahlzeiten außerhalb des Betriebs als steuerfreier Vorteil?

(VwGH 19. 4. 2018, Ro 2016/15/0018; BFG 18. 2. 2016, RV/3100522/2012 – Patrick Leyrer / Kristin Resenig)

228

(Lohn-)steuerliche Behandlung von Krankengeldern im Rahmen der Einkommensteuer- veranlagung

(BFG 22. 5. 2018, RV/7102042/2018 – Wolfgang Ryda)

232

Herstellerbefreiung iZm einem im Zuge eines Scheidungsvergleichs erworbenen Gebäude- hälfteanteils

(BFG 23. 4. 2018, RV/7103890/2017 – Anna Mechtler-Höger)

235

BFG und Höchstgerichte: Geglückte Einbringung der atypisch stillen Mitunternehmeranteile oder Firmenwertabschreibung

(BFG 28. 3. 2018, RV/2100040/2018; VwGH 18. 12. 2017, 2015/15/0080 – Klaus Hirschler / Gottfried Sulz / Christian Oberkleiner)

238

BFG und Höchstgerichte: Zinsabzug iZm einem fremdfinanzierten Beteiligungserwerb im Konzern

(VwGH 28. 2. 2018, Ro 2016/15/0009; BFG 22. 10. 2015, RV/4100145/2012 – Jan Knesl / Pavel Knesl / Michael Zwick)

242

Konkrete Feststellung zur subjektiven Tatseite der Abgabenhinterziehung

(BFG 20. 3. 2018, RV/7102596/2014 – Julia Kapl)

245

Antrag eines Kleinunternehmens auf Vergabe einer UID

(BFG 12. 4. 2018, RV/4100026/2018)

247

BFG-Entscheidungen zu Gebühren und Verkehrsteuern

(BFG 8. 5. 2017, RV/7100024/2015; 28. 6. 2017, RV/7104383/2015; 21. 8. 2017, RV/7100702/2016;
23. 6. 2017, RV/2101488/2014; 13. 7. 2017, RV/3101042/2016; 8. 2. 2018, RV/5101027/2016;
30. 10. 2017, RV/7102754/2013 – Hedwig Bavenek-Weber)

248

Impressum

260

NZBau

Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

DB-Z 148

Privates Baurecht · Recht der Architekten, Ingenieure und Projektsteuerer · Vergaberecht

In Zusammenarbeit mit der
Neuen Juristischen Wochenschrift

herausgegeben von
Prof. Dr. Klaus D. Kapellmann
Prof. Dr. Meinrad Dreher
Prof. Dr. Klaus Englert
Prof. Dr. Heiko Fuchs
Wolfgang Jaeger
Günther Jansen
Prof. Dr. Ralf Leinemann
Prof. Dr. Burkhard Messerschmidt
Dr. Klaus Minuth
Prof. Dr. Gerd Morzke
Prof. Dr. Frank Peters
Dr. Hans-Joachim Prieß
Dagmar Sacher
Ulrich Schröder

www.nzbau.de

Aus dem Inhalt

- R. Keller/M. Hellstern*
Öffentliches Interesse und Wettbewerb in der
Daseinsvorsorge 323
- T. Karczewski*
Der neue alte Bauträgervertrag 328
- K. D. Kapellmann*
Die BGH-Entscheidung zu § 642 BGB:
Konsequenzen für § 6 VI VOB/B 338
- E. Engbers*
Die einstweilige Verfügung auf Übergabe der
bezugsfertig hergestellten Wohnung 340
- H. Schaller*
Die Auftragswertschätzung im öffentlichen
Auftragswesen 342
- BGH*
Einschränkung des Verbots „ne bis in idem“ bei
Gefahr von Folgeschäden nach über 30 Jahren 347
- OLG Stuttgart*
Vereinbarung, Aufhebung und Wiederaufleben eines
Kostenrahmens für Architekten 360
mit Praxisanmerkung von *M. Hilka* 365
- EuGH*
Vergaberechtsfreiheit des Zulassungssystems der land-
wirtschaftlichen Betriebsberatung – Maria Tirkkonen 366
- OLG Düsseldorf*
Messebetreiber als öffentlicher Auftraggeber –
Messegesellschaft der Stadt E. 370

Mit Editorial von *C. Braun*,
Vergaben nach dem Carsharing-
Gesetz – Partizipation durch förmliche
Verfahren (S. 321)


C.H. BECK

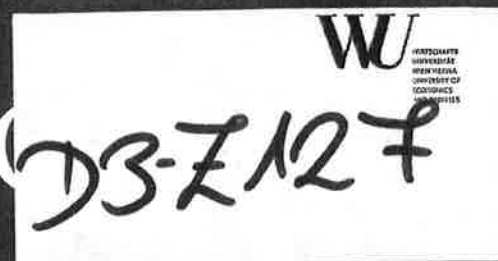
6/2018

11. Juni 2018
19. Jahrgang S. 321–384



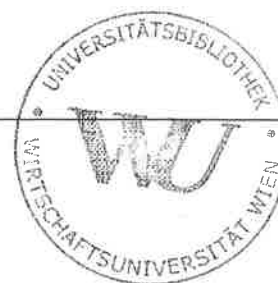
3450201806

VERGABERECHT



RECHT UND PRAXIS DER ÖFFENTLICHEN AUFTRAGSVERGABE

Juni 2018 / Heft 3, Seiten 129–192 (18. Jahrgang)



Kurznachrichten

Aufsätze

- 135 Die Neuerungen des BVergG 2018 – Ein Überblick
(Beatrix Lehner)

Entscheidungsbesprechungen

- 145 Zur Zulässigkeit der Revision und dem Nachweis einer ausreichenden
Versicherungsdeckung
(Philipp Götzl)

Judikatur

- 150 Antragslegitimation eines ausscheidenden Bieters zwingt Gericht zur umfassenden
Überprüfung
- 153 Ausscheidensanfechtung(sfrist), Relevanz für den Ausgang und Verfahrensgegenstand
- 156 Mangelnde Leistungsfähigkeit eines Konzernunternehmens infolge „bloßer“
Mitversicherung in der Konzernbetriebshaftpflicht?
- 163 Verfristung eines Feststellungsantrags nach EU-weiter Bekanntmachung des Zuschlags
- 167 Zur Antragslegitimation eines an sich auszuscheidenden Bieters
- 170 Zur ausreichenden Dokumentation von Zuschlagskriterien
- 174 Berechnung des geschätzten Auftragswerts von Bodenmarkierungsarbeiten und
betriebswirtschaftliche Erklär- und Nachvollziehbarkeit der Preise
- 180 Mehrere Bieter – eine Unterschrift – Ausschluss aus dem Vergabeverfahren?
- 185 Entgeltliche Verbesserung zulässig – Freikaufen vom zwingenden Ausschluss nicht

Herausgeber: Michael Breitenfeld, Stephan Heid

Die Öffentliche Verwaltung

Zeitschrift für öffentliches Recht
und Verwaltungswissenschaft

71. Jahrgang Juni 2018
Heft 12 Seiten 457–496



www.doev.de
Kohlhammer

12

Klaus Lange, Verfassungswidrige
Scheinkandidaturen

Markus Ogorek, Eigentum und
Gemeinwohl

Gunter Warg, Meinungsfreiheit
zwischen Zensur und Selbstzensur

Mehrdad Payandeh, Das Kopftuch
der Richterin aus verfassungsrechtlicher
Perspektive

Rechtsprechung in Leitsätzen

Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen

<i>Klaus Lange</i> , Gießen, Verfassungswidrige Scheinkandidaturen	457
<i>Markus Ogorek</i> , Wiesbaden, Eigentum und Gemeinwohl – Überlegungen zu den Voraussetzungen einer Enteignung zugunsten Privater	465
<i>Gunter Warg</i> , Brühl, Meinungsfreiheit zwischen Zensur und Selbstzensur	473
<i>Mehrdad Payandeh</i> , Hamburg, Das Kopftuch der Richterin aus verfassungsrechtlicher Perspektive	482

Leitsätze

Gerichte der Europäischen Union

351. <i>EuGH</i> , Urteil vom 12.4.2018 – C-550/16 – A und S – Familiennachzug bei noch minderjährig eingereisten Flüchtlingen	488
352. <i>EuGH</i> , Urteil vom 17.4.2018 – C-414/16 – Egenberger – Konfessionsgebundene Stellenausschreibung	489
353. <i>EuGH</i> , Urteil vom 17.4.2018 – C-316/16 u. C-424/16 – B u. Vomero – Ausweisung straffälliger Unionsbürger	489

Verfassungsgerichte

354. <i>BVerfG</i> , Urteil vom 10.4.2018 – 1 BvL 11/14 u. a. – Einheitsbewertung für die Bemessung der Grundsteuer	489
355. <i>ThürVerfGH</i> , Beschluss vom 7.3.2018 – VerfGH 1/14 – Kommunalverfassungsbeschwerde gegen die Erhebung einer Finanzausgleichsumlage	490
356. <i>BayVerfGH</i> , Entscheidung vom 26.3.2018 – Vf. 15-VII-16 – Fehlen geschlechterparitätischer Vorgaben im Wahlrecht	490

Verwaltungsgerichtsbarkeit

Abgabenrecht

357. <i>BVerwG</i> , Beschluss vom 22.2.2018 – 9 B 6.17 – Mitbenutzung einer kommunalen Entwässerungseinrichtung für Straßenentwässerung	490
358. <i>SächsOVG</i> , Urteil vom 17.1.2018 – 5 A 808/17 – Abwasserabgabe; Einleitung von Niederschlagswasser im Trennsystem	491
359. <i>HessVGH</i> , Urteil vom 13.2.2018 – 10 A 2929/16 – Kein Anspruch auf Zahlung des Rundfunkbeitrags mittels Banknoten	491
360. <i>NdsOVG</i> , Urteil vom 28.2.2018 – 9 LC 217/16 – Kurbeitrag; Schätzungsbefugnis	491

Öffentliches Dienstrecht

361. <i>BVerwG</i> , Urteil vom 14.12.2017 – 2 C 12.17 – Belehrungspflicht im beamtenrechtlichen Disziplinarverfahren	491
362. <i>OVG Rheinl.-Pf.</i> , Beschluss vom 5.2.2018 – 2 B 11786/17.OVG – Vergabe einer Leitungsfunktion; Konkurrentenstreit	491
363. <i>VGH BW</i> , Beschluss vom 15.3.2018 – 4 S 277/18 – Bewerberkonkurrenz; Ausschöpfung bei gleicher Gesamtbeurteilung	491
364. <i>NdsOVG</i> , Beschluss vom 22.3.2018 – 5 LA 102/17 – Beihilfe; Überschreiten des Schwellenwertes bei zahnärztlicher Liquidation	492

Schul-, Hochschul- und sonstiges Kultusrecht; Prüfungsrecht

365. <i>NdsOVG</i> , Beschluss vom 12.3.2018 – 2 ME 1/18 – Notenschutz wegen Lese-Rechtschreibstörung	492
---	-----

Polizei- und Ordnungsrecht

366. <i>SächsOVG</i> , Urteil vom 25.1.2018 – 3 A 246/17 – Versammlung; Trennungsprinzip; Betretensverbot	492
367. <i>NdsOVG</i> , Beschluss vom 19.3.2018 – 7 ME 9/18 – Gefährdung des Wohls von Kindern und Jugendlichen durch Paintball	492



Wirtschafts- und Gewerberecht; Berufsrecht	
368. <i>SächsOVG</i> , Beschluss vom 18.12.2017 – 3 B 312/17 – Weiterbetrieb einer Spielhalle.....	492
369. <i>OVG NRW</i> , Beschluss vom 26.2.2018 – 4 A 1349/16 – Rücknahme einer Geeignetheitsbescheinigung zur Aufstellung von Glücksspielgeräten	493
370. <i>VGH BW</i> , NK-Urteil vom 6.3.2018 – 6 S 1168/17 – Sperrzeitregelung; Normsetzungsermessen	493
371. <i>NdsOVG</i> , Beschluss vom 14.3.2018 – 11 LA 128/17 – Untersagung der Vermittlung bestimmter Sportwetten.....	493
Datenschutz-, Informations- und Medienrecht	
372. <i>SächsOVG</i> , Urteil vom 18.12.2017 – 5 A 149/16 – Landesmedienanstalt; Rechtsaufsicht; Haushaltsaufsicht	493
Bau- und Planungsrecht	
373. <i>BVerwG</i> , Beschluss vom 27.2.2018 – 4 B 39.17 – Nutzungsänderung für Flüchtlingsunterkunft im Gewerbegebiet.....	493
374. <i>VGH BW</i> , Urteil vom 8.3.2018 – 8 S 1464/15 – Befreiung von einem vorhabenbezogenen Bebauungsplan	493
Naturschutz- und Umweltrecht	
375. <i>BVerwG</i> , NK-Urteil vom 21.12.2017 – 4 CN 8.16 – Aufhebung einer Verordnung über geschützte Landschaftsbestandteile	493
Straßen-, Wege- und Verkehrsrecht	
376. <i>BVerwG</i> , Urteil vom 9.11.2017 – 3 A 4.15 – Eisenbahnrechtliche Planfeststellung; Ausbaustrecke Nürnberg – Ebensfeld ...	494
377. <i>SächsOVG</i> , Beschluss vom 26.1.2018 – 3 B 384/17 – Entziehung der Fahrerlaubnis; Cannabiskonsum	494
378. <i>NdsOVG</i> , Beschluss vom 20.3.2018 – 12 ME 15/18 – Feststellung der fehlenden Fahrberechtigung	494
Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrecht	
379. <i>BVerwG</i> , Urteil vom 22.2.2018 – 1 C 36.16 – Einbeziehung in den Aufnahmebescheid; Grundkenntnisse der deutschen Sprache	494
380. <i>SächsOVG</i> , Urteil vom 7.2.2018 – 5 A 1237/17.A – Minderjähriger syrischer Asylbewerber; Wehrpflicht	494
381. <i>HessVGH</i> , Beschluss vom 15.2.2018 – 3 B 2137/17 – Ausbildungsduldung und Beschäftigungserlaubnis	495
Sozialrecht	
382. <i>BVerwG</i> , Urteil vom 18.12.2017 – 5 C 36.16 – Klagebefugnis; Unterhaltsvorschuss; Wohnsitzerfordernis	495
383. <i>HessVGH</i> , Urteil vom 13.2.2018 – 10 A 312/17 – Erstattungsanspruch zwischen Sozialleistungsträgern	495
384. <i>HessVGH</i> , Urteil vom 20.2.2018 – 10 A 807/17 – Rückforderung von Ausbildungsförderung bei bereits getilgtem Darlehensanteil des Förderbetrages	495
385. <i>NdsOVG</i> , Beschluss vom 27.3.2018 – 4 ME 41/18 – Vorläufiger Rechtsschutz gegen ein behördliches Auskunftsersuchen nach § 47 Abs. 4 BAföG i. V. m. § 60 Abs. 1 SGB I	496
Gerichtsverfahrensrecht	
386. <i>SächsOVG</i> , Beschluss vom 9.1.2018 – 5 A 696/16.A – Verwertbarkeit eines anonym erstatteten Sprach- und Textanalysegutachtens	496
387. <i>VGH BW</i> , Urteil vom 10.1.2018 – 11 S 87/17 – Vorhalte- und Verwertungsverbot; Geständnis; Beweiswürdigung; Überzeugungsgrundsatz	496
388. <i>VGH BW</i> , Beschluss vom 6.3.2018 – 11 S 212/18 – Aufhebung von Prozesskostenhilfe; Statthaftigkeit der Beschwerde.....	496
389. <i>VGH BW</i> , Beschluss vom 15.3.2018 – 11 S 2094/17 – Hängebeschluss; Beschwerde	496
BGH und andere ordentliche Gerichte	
390. <i>BGH</i> , Beschluss vom 5.10.2017 – I ZB 78/16 – Beitreibung von Rundfunkgebühren.....	496

RECHT **RdU** DER UMWELT

Bericht
GERT 2018

03

Juni 2018

89 – 132

Schriftleitung + Redaktion **Ferdinand Kerschner**

Redaktion **Wilhelm Bergthaler, Eva Schulev-Steindl**

Ständige Mitarbeiter **W. Berger, M. Bydlinski, D. Ennöckl, B.-C. Funk, D. Hinterwirth,**

W. Hochreiter, P. Jabornegg, V. Madner, F. Oberleitner, B. Raschauer,

N. Raschauer, P. Sander, J. Stabentheiner, E. Wagner, R. Weiß

Schwerpunkt Jagd- und Forstrecht

Waldzustand contra Wildstand?

Dominik Geringer und Patrick Schechtner ➔ 102

Wem gehört das Wild?

Kathrin Bayer, Maximilian Schaffgotsch und Ruth Ladeck ➔ 108

Beitrag

Stellung des Sachverständigen im Raumordnungs- und Bauverfahren der Gemeinden *Wolfgang Kleewein* ➔ 93

Aktuelles Umweltrecht

Verlängerung des LIFE-Programms ➔ 116

Abfall-Industrieunfall VO ➔ 118

Leitsatzkartei

Jagd- und Abfallrecht ➔ 120, 122

Umwelt & Technik

Anlagenabgrenzung der Industrieemissions-RL

Konrad Wasserbauer ➔ U&T 42

Rechtsprechung

VwGH zur Zweckbindung im Wasserrecht *Sophie Marie Schmidt* ➔ 123

OGH bejaht Abwehr von Beschattung durch eine Fichtenhecke auch durch nachträglichen Nachbarn *Peter Bydlinski* ➔ 127

OGH verneint Unterlassungsanspruch bei gemeinwichtiger Anlage

Daniela Ecker ➔ 131

- Editorial 89

Grundrecht auf Umweltschutz

Von Wilhelm Berghaler, Ferdinand Kerschner und Eva Schulev-Steindl

- Schnell und aktuell 92

Schwerpunkt Jagd- und Forstrecht

- Waldzustand contra Wildstand? 102

Maßnahmen zur Wildstandsregulierung gelten als notwendiges Mittel zur Minimierung von Wildschäden. Trotz einheitlicher Zielsetzung der JagdG bedarf deren differenzierte Umsetzung in den Ländern wirksamer Optimierung. Eine Status quo-Analyse und Diskussionsanregung.

Von Dominik Geringer und Patrick Schechtner

- Wem gehört das Wild? 108

Zur Rechtsnatur des Jagdrechts in Österreich

Welche Rechtsnatur dem Jagdrecht in Österreich zukommt und wem Wild eigentlich gehört, ist rechtlich wenig untersucht. Literatur und Judikatur sind sich nicht einig. Wem das Jagdrecht zusteht, ist aber für die viel diskutierte Frage der Zulässigkeit von Jagdeinschränkungen ausschlaggebend.

Von Kathrin Bayer, Maximilian Schaffgotsch und Ruth Ladeck

Beitrag

- Die rechtliche Stellung des Sachverständigen für Naturgefahren im Raumordnungs- und Bauverfahren der Gemeinden 93

Gemeinden sind bei ihren Entscheidungen, Gebiete für eine bauliche Nutzung zu reservieren und erforderlichenfalls Maßnahmen zum Schutz vor Naturgefahren vorzuschreiben, auf Sachverständige angewiesen. Die Verantwortung von Sachverständigen zeigt sich an den haftungsrechtlichen Konsequenzen, die eine falsche Risikoeinschätzung haben kann. Dieser Beitrag widmet sich der Tätigkeit von Sachverständigen, die im Raumordnungs- und Bauverfahren Gutachten über Naturgefahren erstellen.

Von Wolfgang Kleewein

Europarecht

Bearbeitet von Verena Madner und Birgit Hollaus

- Allgemein, Biodiversität 116

- Chemikalien, Energie, Klimaschutz, Lebensmittel 117

- Luft 118

Bundesrecht

Bearbeitet von Daniel Ennöckl und Eva Erlacher

- Verkehrsrecht, Abfallrecht 118

Landesrecht

Bearbeitet von Daniel Ennöckl und Eva Erlacher

- Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Salzburg 119

- Steiermark, Vorarlberg, Wien 120

RdU-Leitsatzkartei

- RdU-LSK 2018/21–24 120

Rechtsprechung

- Von der Zweckbindung im Wasserrecht 123

VwGH 30. 5. 2017, Ra 2015/07/0098

Mit Anmerkung von Sophie Marie Schmidt



- Entzug von Licht durch eine ungewöhnlich hohe Fichtenhecke 127

OGH 27. 2. 2018, 9 Ob 84/17 v

Mit Anmerkung von Peter Bydlinski

- Beteiligungserfordernis und zulässige Immissionen bei „gemeinwichtigen Anlagen“ 131

OGH 29. 11. 2017, 1 Ob 194/17 m

Mit Anmerkung von Daniela Ecker

Standards

- Impressum 89

- Veranstaltungen und Seminare 132



Umwelt und Technik

- Editorial 41

Glänzende Gesetze: „gold plating“ und „silver linings“

Von Wilhelm Bergthaler

- Die Anlagenabgrenzung der Industrieemissions-RL in der Feuerfestindustrie 42

Von Konrad Wasserbauer

- Grazer Energierechtstag 2018 46

Von Monika Leitner und Bukurije Zenuni

- Interdisziplinäres Update zu Betriebsanlagen 47

Von Elisabeth Maier

NVwZ

Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

WU
DB-Z 135

In Zusammenarbeit mit der
Neuen Juristischen
Wochenschrift

herausgegeben von
Prof. Dr. Rüdiger Breuer
Prof. Dr. Martin Burgi
Prof. Dr. Christian Calliess
Dr. Josef Christ
Prof. Dr. Klaus-Peter Dolde
Dr. Frank Fellenberg
Dr. Andreas Heusch
Prof. Dr. Thomas Mayen
Prof. Dr. Hubert Meyer
Prof. Dr. Janbernd Oebbecke
Prof. Dr. Joachim Scherer
Dr. Heribert Schmitz
Prof. Dr. Friedrich Schoch
Dr. Thomas Schröer
Prof. Dr. Rudolf Streinz

www.nvwz.de



12/2018

15. Juni 2018
37. Jahrgang S. 841–920

Aus dem Inhalt

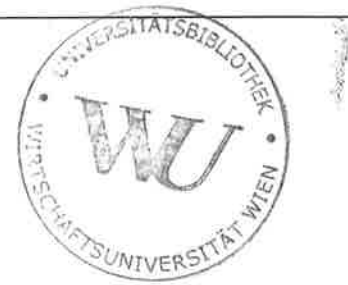
- M. Kubiciel*
Das Verbot von Online-Casinospielen aus
verfassungs- und unionsrechtlicher Sicht 841
- T. Weill*
Die DFL als „Veranstalterin“ und Schuldnerin von
Verwaltungsgebühren im deutschen Profifußball 846
- F. Meinel*
Nachrichtendienstliche Auslandsaufklärung als
Kompetenzproblem 852
- W. Schenk*
Neue Rechtsprechung zum Verwaltungsprozessrecht 858
- D. Kranz*
Verjährung von öffentlich-rechtlichen Unterlassungs-
ansprüchen 864
- M. Pötsch*
Die Kostentragung für Polizeieinsätze bei Fußball-
spielen – eine neue Verwaltungsgebühr ante portas? 868
- BVerwG*
Verkehrsverbote für (bestimmte) Dieselfahrzeuge
Umweltzone Stuttgart und Luftreinhalteplan
Düsseldorf (Anm. *D. Kümmel*) 883, 890
- BVerwG*
Presserechtlicher Auskunftsanspruch gegen BND
zu Strafverfahren wegen Geheimnisverrats
(Anm. *A. Hofmann*) 902
- OVG Bremen*
Gebührenbescheid für zusätzliche Polizeikontingente
eines Fußballspiels rechtmäßig 913



Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

Schriftleitung: Rechtsanwalt Professor Dr. Achim Schunder und
Rechtsanwältin Dr. Christiane Prause
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a. M.

12 2018



Inhalt

Aufsätze		<i>M. Kubiciel</i> , Das Verbot von Online-Casinospielen aus unions- und verfassungsrechtlicher Sicht	841
		<i>T. Weill</i> , Die DFL als „Veranstalterin“ und Schuldnerin von Verwaltungsgebühren im deutschen Profifußball	846
Forum		<i>F. Meinel</i> , Nachrichtendienstliche Auslandsaufklärung als Kompetenzproblem	852
Verwaltungsprozessrecht Kompakt		<i>W. Schenk</i> , Neue Rechtsprechung zum Verwaltungsprozessrecht	858
Kurze Beiträge		<i>D. Kranz</i> , Verjährung von öffentlich-rechtlichen Unterlassungsansprüchen	864
Zur Rechtsprechung		<i>M. Pötsch</i> , Die Kostentragung für Polizeieinsätze bei Fußballspielen – eine neue Verwaltungsgebühr ante portas?	868
Mitteilungen		<i>H. Meyer</i> , Eigenverantwortung und Finanzautonomie als Garant von Föderalismus und kommunaler Selbstverwaltung	871
Buchbesprechungen		<i>D. Herrmann/A. Krämer</i> , Festschrift für Christian Kirchberg zum 70. Geburtstag am 5. September 2017 (<i>T. Schröer</i>)	874
		<i>L. Assmann/M. Pfeiffer</i> , Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (<i>H.-C. Thomale</i>)	874
Rechtsprechung			
EuGH	19. 4.18 – C-152/17	Preisanpassung nach Vergabe öffentlicher Aufträge	875
BVerfG	10.10.17 – 1 BvR 2019/16	Verfassungsrechtlicher Schutz der geschlechtlichen Identität	877
BayVerfGH	26. 3.18 – Vf. 15-VII-16	Kein Anspruch auf geschlechterproportionale Wahlvorschläge (Ls.) Anm. <i>C. Schmidt</i>	881 882
BVerwG	27. 2.18 – 7 C 30/17	Verkehrsverbot für Dieselfahrzeuge in der Umweltzone Stuttgart	883
BVerwG	27. 2.18 – 7 C 26/16	Verkehrsverbote für Dieselfahrzeuge – Luftreinhalteplan Düsseldorf Anm. <i>D. Kümmel</i>	890 894

BVerwG	26. 10. 17 – 8 C 18/16	Internetverbot für Poker- und Casinospiele	895
BVerwG	26. 10. 17 – 8 C 14/16	Internetverbot für Rubbellos- und Casinospiele (Ls.)	902
BVerwG	11. 4. 18 – 6 VR 1/18	Presserechtlicher Auskunftsanspruch gegen BND zu Strafverfahren Anm. A. Hofmann	902 904
BVerwG	20. 3. 18 – 6 VR 3/17	Presserechtlicher Auskunftsanspruch gegen BND – Russland-Rede	907
BVerwG	17. 8. 17 – 5 A 2/17	Entschädigung wegen unangemessener Dauer des Verfahrens	909
OVG Bremen	21. 2. 18 – 2 LC 139/17	Gebührenbescheid für zusätzliche Polizeikontingente eines Fußballspiels	913

NVwZ aktuell

In eigener Sache, Entscheidung des Monats, NVwZ-RR, NJW	V
Rechtsprechung in Pressemitteilungen	V
Rechtsprechung in Leitsätzen	VI
Kurz berichtet, Gesetzgebung und Veranstaltungen	VII

Fachanwalts-Lehrgang Verwaltungsrecht

Berlin Start: 22.11.2018

Leipzig Start: 13.06.2019

5% Frühbucherrabatt
 bei Anmeldung bis 3 Monate
 vor Veranstaltungsbeginn

Weitere Informationen finden Sie unter www.ARBER-seminare.de

Tel. 07066 - 90 08 0
 Fax 07066 - 90 08 22
 Kontakt@ARBER-seminare.de
 www.ARBER-seminare.de

Aus- und Weiterbildungsanzeigen auch online!

Ihre Aus- und Weiterbildungsanzeige erscheint auch online unter
www.beck-stellenmarkt.de/Veranstaltungen

- Erhöhte Reichweite durch Online-Präsenz von 6 Wochen
- Präsentation als Teaser- und Layout-Variante
- Verlinkung auf URL, falls angegeben

ISSN 0721-880X

NVwZ – Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

Schriftleitung und Verlagsredaktion:
 Rechtsanwalt Professor *Dr. Achim Schunder* (verantwortlich für den Textteil) und Rechtsanwältin *Dr. Christiane Praise*.
 Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a.M., Postanschrift: Postfach 11 02 41, 60037 Frankfurt a.M., Telefon: (0 69) 75 60 91-0, Telefax: (0 69) 75 60 91-49.
 E-Mail: NVwZ@beck-frankfurt.de,
 Internet: www.nvwz.de.

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589.

Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (0 89) 3 81 89-598, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de
 Verantwortlich für den Anzeigenteil: *Bertram Götz*.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX. Der Verlag ist oHG. Gesellschafter sind *Dr. Hans Dieter Beck* und *Dr. h. c. Wolfgang Beck*, beide Verleger in München.

Erscheinungsweise: Zweimal monatlich. Kombinationsbezug NVwZ mit zweimal monatlichem Beiheft (Nebenblatt) NVwZ-Rechtsprechungs-Report Verwaltungsrecht.

Bezugspreise 2018: NVwZ ohne NVwZ-RR: jährlich € 325,- (inkl. MwSt.); Vorzugspreis für NJW-Bezieher, Studenten (fachbezogener Studiengang) sowie Referendare (gegen Nachweis) jährlich € 285,- (inkl. MwSt.); Einzelheft: NVwZ € 17,50 (inkl. MwSt.); NVwZ mit NVwZ-RR: jährlich € 519,- (inkl. MwSt.); Vorzugspreis (w. o.) jährlich € 459,- (inkl. MwSt.). Einzelheft NVwZ m. RR € 26,50 (inkl. MwSt.). Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb

von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestitel und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Versandkosten jeweils zuzüglich.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

Kundenservicecenter:
 Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
 Telefax: (0 89) 3 81 89-358.
 E-Mail: kundenservice@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Halbjahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: NOMOS Druckhaus, In den Lissen 12, 76547 Sinzheim.

Infrastruktur Recht

Energie · Verkehr · Abfall



D3-7141

Geschäftsführende Herausgeber

Prof. Dr. Christian Theobald
BBH

Dr. Andreas Zuber
Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU)

Herausgeber

RiBVerfG Prof. Dr. Gabriele Britz
Bundesverfassungsgericht

Andreas Gentzsch
Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW)

Prof. Christian Held
BBH, Europäischer Verband der unabhängigen Strom- und Gasverteilerunternehmen (GEODE)

Prof. Dr. Georg Hermes
Universität Frankfurt a.M.

Folkert Kiepe
Beigeordneter a.D. Deutscher Städtetag

Prof. Dr. Christian Koenig
Universität Bonn

Holger Lösch
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)

Prof. Dr. Jürgen Kühling
Universität Regensburg, Mitglied der Monopolkommission

Dr. Christiane Nill-Theobald
TheobaldConsulting

Detlef Raphael
Deutscher Städtetag

Prof. Dr. Jens-Peter Schneider
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Adolf Topp
AGFW | Der Effizienzverband für Wärme, Kälte und KWK e.V.

Oliver Wolff
Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V. (VDV)

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

- V. Milovanović:* Der grundzuständige Messstellenbetreiber – vom Wettbewerb ausgeschlossen? 146
- I. Zenke/C. Telschow:* Alles neu im Emissionshandel? Das bringt die 4. Handelsperiode 2021 bis 2030 (Teil 1) 150
- J. Vollprecht/S. Lepke:* Ausschreibungspflicht bei Solaranlagen: Verschmelzen oder Abgrenzen? 153

Energie

- EuGH:* Zur Besteuerung von für die KWK verwendeten Energieerzeugnissen 156
- EuGH:* Umweltverträglichkeitsprüfung kann auch nachträglich erforderlich werden 157
- BGH:* Kein absoluter Vorrang des Erweiterungsfaktors vor Investitionsmaßnahmen 159
- OLG Frankfurt a. M.:* Keine Klarheit zum Kundenanlagenbegriff 161
- FG Baden-Württemberg:* Abgrenzung der Klassifizierung eines Unternehmens zum produzierenden Gewerbe oder zum Handel 162

Wärme

- OLG Frankfurt a. M.:* Kein Anspruch auf Löschung einer Grunddienstbarkeit bei Beendigung des Fernwärmevertrags 164

Verkehr

- VG Oldenburg:* Beweislast im Rahmen eigenwirtschaftlicher Anträge auf Linienverkehrsgenehmigungen 165

Telekommunikation

- BNetzA:* Definition der „öffentlichen Mittel“ 166

Spartenübergreifendes

- BGH:* (Fehlende) Kenntnis des Gläubigers von der Zahlungsunfähigkeit des Schuldners bei erfolgreicher Vollstreckung einer einzelnen Forderung 167



In Zusammenarbeit mit der
Neuen Juristischen Wochenschrift

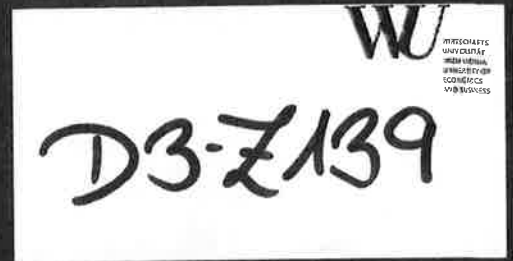
Nr. 6 • 13. Juni 2018

15. Jahrgang

Mit Internet-Volltext-Service www.IR.beck.de der besprochenen Entscheidungen

Verlag C.H.BECK München und Frankfurt a.M.





HERAUSGEBER

Prof. Dr. Dr. h.c. Thomas von Danwitz,
Luxemburg
Prof. Dr. Dr. Wolfgang Durner, Bonn
Marion Eckertz-Höfer, Leipzig
Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Berlin
Prof. Dr. Wolfgang Kahl, Heidelberg
Prof. Dr. Christoph Moench, Berlin
Prof. Dr. Hans-Werner Rengeling, Osnabrück
Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus Rennert, Leipzig
Prof. Dr. Bernhard Stüer,
Münster/Osnabrück



Heft 13
1. Juli 2018
Seiten 817–896
133. Jahrgang
Art.-Nr. 56355813
PVSt 2421

13

AUS DEM INHALT

ABHANDLUNGEN

- Hans-Günter Henneke**
»Die wilden 13« bekommen Junge S. 817
- Kai Hamdorf/Sanaz Moradi Karkaj**
Die Verantwortlichkeit der Bundesregierung für teilprivatisierte Unternehmen im Kontext demokratischer Legitimation – zugleich eine Besprechung von BVerfG, Urteil vom 07.11.2017 – 2 BvE 2/11 S. 823
- Stefan Braun**
Das neue Numerus clausus Urteil des Bundesverfassungsgerichts für Humanmedizin – Unvereinbarkeit der Studienplatzvergabe mit dem Grundgesetz S. 831
- Martin Thormann**
Die Renaissance der örtlichen Aufwandsteuern: Übernachtungsteuer, Pferdesteuer, Prostitutionsteuer und Wettbürosteuer – Geht da noch mehr? S. 840
- Walter Frenz**
Bergschadenshaftung nach dem Steinkohlenende 2018 S. 849

RECHTSPRECHUNG

- EuGH, Ur. v. 17.04.2018 – C -414/16 –**
Grundrechtskonforme gerichtliche Kontrolle einer vorgeschriebenen Religionszugehörigkeit für eine kirchliche Stelle – mit Anmerkung Andrea Edenharter S. 863
- BVerfG, Ur. v. 07.11.2017 – 2 BvE 2/11**
Die Verantwortlichkeit der Bundesregierung für teilprivatisierte Unternehmen im Kontext demokratischer Legitimation S. 871
- BVerfG, Beschl. v. 15.03.2018 – 2 BvR 1371/13 –**
Schutzpflichten im Zusammenhang mit der Stationierung von Atomwaffen in Deutschland S. 880
- BVerfG, Beschl. v. 22.03.2018 – 1 BvR 501/18 –**
Behandlung unzulässiger Ablehnungsgesuche S. 885
- BVerfG, Beschl. v. 11.04.2018 – 1 BvR 3080/09 –**
Ausstrahlungswirkung der Grundrechte – hier: Stadionverbot S. 885
- OVG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 18.01.2018 – 8 A 11373/17.OVG –**
Errichtung einer Asphaltmischanlage in einem im Außenbereich gelegenen Steinbruch S. 890
- OVG NRW, Beschl. v. 05.03.2018 – 6 A 1855/16 –**
Frist für Ergänzungsanträge nicht förmlich zugestellter Beschlüsse S. 893
- Nds. OVG, Beschl. v. 27.03.2018 – 4 ME 41/18 –**
Vorläufiger Rechtsschutz gegen ein behördliches Auskunftersuchen nach § 47 Abs. 4 BaföG i.V.m. § 60 Abs. 1 SGB I S. 894

Carl Heymanns Verlag



INHALT 13 · 2018

DVBI aktuell
Vorschau/Impressum

III Brodowski: Verdeckte technische
VII Überwachungsmaßnahmen im Polizeirecht
Strafverfahrensrecht
Dr. Thomas Schwabenbauer, München **861**

Aufsätze

»Die wilden 13« bekommen Junge
Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Berlin **817**

Die Verantwortlichkeit der Bundesregierung
für teilprivatisierte Unternehmen im Kontext
demokratischer Legitimation – zugleich eine
Besprechung von BVerfG, Urteil vom 07.11.2017 –
2 BvE 2/11

Richter am Bundesgerichtshof Dr. Kai Hamdorf,
Karlsruhe und Richterin am Verwaltungsgericht
Dr. Sanaz Moradi Karkaj, Frankfurt am Main **823**

Das neue Numerus clausus Urteil des Bundesver-
fassungsgerichts für Humanmedizin – Unverein-
barkeit der Studienplatzvergabe mit dem
Grundgesetz

Dr. Stefan Braun, Backnang **831**

Die Renaissance der örtlichen Aufwandsteuern:
Übernachungssteuer, Pferdsteuer, Prostitution-
steuer und Wettbürosteuer – Geht da noch mehr?
Dr. Martin Thormann, Warendorf **840**

Bergschadenshaftung nach dem Steinkohlenende
2018

Prof. Dr. Walter Frenz, Aachen **849**

Buchbesprechungen

Fraenkel-Haerberle/Galetta/Sommermann (Hrsg.):
Europäisierung und Internationalisierung der
nationalen Verwaltungen im Vergleich
Dr. Lisa-Karen Mannefeld, Düsseldorf **856**

Kämmerer: Der neue Rechtsrahmen der
Arbeitnehmerüberlassung: Verfassungs- und
unionsrechtliche Fragen
Privatdozent Dr. Adam Sagan, MJur (Oxon),
Bayreuth/Köln **857**

Härting: Datenschutz-Grundverordnung: Das neue
Datenschutzrecht in der betrieblichen Praxis
Dr. Adolf Rebler, Regensburg **858**

Steinbach/Franke (Hrsg.): Kommentar zum
Netzausbau NABEG/EnLAG/EnWG/BBPIG/PlfZV
Dr. Tom Pleiner, University of California Los Angeles
Law School, Berlin **858**

Rechtsprechung

Europäischer Gerichtshof

EuGH, UrT. v. 17.04.2018 – C -414/16 –
Grundrechtskonforme gerichtliche Kontrolle einer
vorgeschriebenen Religionszugehörigkeit für eine
kirchliche Stelle – mit Anmerkung PD Dr. Andrea
Edenharter, Regensburg **863**

Bundesverfassungsgericht

BVerfG, UrT. v. 07.11.2017 – 2 BvE 2/11
Die Verantwortlichkeit der Bundesregierung
für teilprivatisierte Unternehmen im Kontext
demokratischer Legitimation **871**

BVerfG, Beschl. v. 15.03.2018 – 2 BvR 1371/13 –
Schutzpflichten im Zusammenhang mit der
Stationierung von Atomwaffen in Deutschland **880**

BVerfG, Beschl. v. 22.03.2018 – 1 BvR 501/18 –
Behandlung unzulässiger Ablehnungsgesuche **885**

BVerfG, Beschl. v. 11.04.2018 – 1 BvR 3080/09 –
Ausstrahlungswirkung der Grundrechte – hier:
Stadionverbot **885**

Oberverwaltungsgerichte/ Verwaltungsgerichtshöfe

OVG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 18.01.2018 –
8 A 11373/17.OVG –
Errichtung einer Asphaltmischanlage in einem im
Außenbereich gelegenen Steinbruch **890**

OVG NRW, Beschl. v. 05.03.2018 – 6 A 1855/16 –
Frist für Ergänzungsanträge nicht förmlich
zugestellter Beschlüsse **893**

Nds. OVG, Beschl. v. 27.03.2018 – 4 ME 41/18 –
Vorläufiger Rechtsschutz gegen ein behördliches
Auskunftsersuchen nach § 47 Abs. 4 BAföG i.V.m.
§ 60 Abs. 1 SGB I **894**

Beilagenhinweis:

Mit dieser Ausgabe verteilen wir eine
Beilage der Verlag Dr. Otto Schmidt KG.
Wir bitten freundlich um Beachtung.

Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

In Zusammenarbeit mit der Neuen Juristischen Wochenschrift

herausgegeben von

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Jürgen Basedow

Prof. Dr. Peter Behrens

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Claus-Wilhelm Canaris

Prof. Dr. Susanne Kalss

Dr. Ulrich Karpenstein

Johannes Laitenberger

Prof. Dr. Dr. h. c. Ingolf Pernice

Prof. Dr. Dr. h. c. Uwe H. Schneider

Dr. Dominik Schnichels

Dr. Ulrich Soltész

Prof. Dr. Walter A. Stoffel

Prof. Dr. Stephan Wernicke

Prof. Dr. Ferdinand Wollenschläger

Aus dem Inhalt

- 
- **Daniel Bolder**
Reform of the European Supervisory Authorities:
Suum cuique! (Gastkommentar) 473
 - **Christoph Herrmann/Caroline Glöckle**
Der drohende transatlantische „Handelskrieg“
um Stahlerzeugnisse und das handelspolitische
„Waffenarsenal“ der EU 477
 - **Jens Brauneck**
Back to risk: Kaum mehr begrenzte Bonus-
zahlungen bei kleineren EU-Wertpapierfirmen? 483
 - **Carsten König/Max Baumgart**
Der EU-Binnenmarkt und die einheitliche
Stromgebotszone in Deutschland 491
-
- **EuGH**
Markenrecht: Seniorität einer Unionsmarke und
nachträgliche Ungültigkeitsfeststellung
(m. Anm. Hans A. Lederer, S. 500) 498
 - **BVerwG**
Umweltrecht: Verkehrsverbot für Dieselfahrzeuge
in der Umweltzone Stuttgart 501
 - **BVerwG**
Umweltrecht: (Beschränkte) Verkehrsverbote für
(bestimmte) Dieselfahrzeuge – Luftreinhalteplan
Düsseldorf 509



C.H. BECK

12/2018

18. Juni 2018

29. Jahrgang S. 473–512



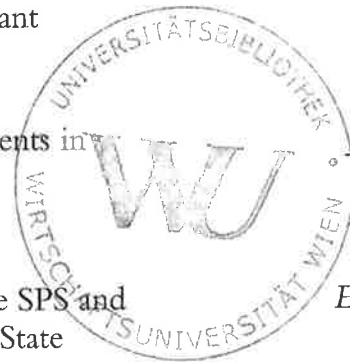
Journal of WORLD TRADE

Volume 52

June 2018

Number 3

- Direct Taxes and the GATS: Substantive and Procedural Defences for Non-compliant Income Tax Measures *Vincent Beyer* 351
- Adaptation of Internal Trade Requirements in RTAs: Substandard Internal Trade Liberalization *Jong Bum Kim* 375
- Disciplining Private Standards Under the SPS and TBT Agreement: A Plea for Market-State Procedural Guidelines *Eva van der Zee* 393
- An Empirical Analysis on the WTO Safeguard Actions *Dukgeun Ahn, Koohyun Kwon, Jihong Lee & Jee-Hyeong Park* 415
- Trans-Pacific Partnership Agreement Minus One and Enhanced Criminal Penalty for Online Copyright Piracy: Malaysia's Options *Ida Madiha Abdul Ghani Azmi, Heng Gee Lim, Pek San Tay & Cheng Peng Sik* 461
- The Driving Forces of the Convergence of WTO Dispute Settlement Mechanism and International Investment Arbitration *Fenghua Li* 479
- EU – Price Comparison Methodologies (DS516): Challenging the Non-Market Economy Methodology in Light of the Negotiating History of Article 15 of China's WTO Accession Protocol *Weihuan Zhou & Delei Peng* 505



WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-756

COMI

Published in Cooperation with

MARKET

the Europa Instituut of the University of Leyden

LAW

REVIEW

VOLUME 55 NUMBER 3 JUNE 2018



Wolters Kluwer

COMMON MARKET LAW REVIEW

CONTENTS Vol. 55 No. 3 June 2018



Editorial comments: *Tinkering with EMU*

709-718

Articles

- D. Adamski, Lost on the digital platform: Europe's legal travails with the Digital Single Market 719-752
- V. Abazi and C. Eckes, Closed evidence in EU courts: Security, secrets and access to justice 753-782
- S. Benedi Lahuerta, Enforcing EU equality law through collective redress: Lagging behind? 783-818
- H. Niesten, Personal and family tax benefits in the EU Internal Market: From *Schumacker* to fractional tax treatment 819-856

Case law

A. Court of Justice

- International agreements, data protection, and EU fundamental rights on the international stage: Opinion 1/15, *EU-Canada PNR*, C. Kuner 857-882
- Redefining the boundaries of the Common Commercial Policy and the *ERTA* doctrine: Opinion 3/15, *Marrakesh Treaty*, G. Kübek 883-900
- Any news from Luxembourg? On student aid, frontier workers and stepchildren: *Bragança Linares Verruga* and *Depesme*, C. Jacqueson 901-922

B. National Courts

- Ultra vires* review of the ECB's policy of quantitative easing: An analysis of the German Constitutional Court's preliminary reference order in the *PSPP* case, A. Lang 923-952

Book reviews

953-982

DB-Z276

forum poenale

**Herausgeber****Editeurs - Editori**

Jürg-Beat Ackermann

Roy Garré

Gunhild Godenzi

Yvan Jeanneret

Konrad Jeker

Bernhard Sträuli

Wolfgang Wohlers

Schriftleitung**Direction de revue****Direzione della rivista**

Sandra Hadorn

RECHTSPRECHUNG | JURISPRUDENCE | GIURISPRUDENZA 156

AUFSÄTZE | ARTICLES | ARTICOLI 180

Marianne Heer: Die Dauer therapeutischer Massnahmen und die Tücken deren Berechnung 180

Catherine Hohl-Chirazi: Mesures de substitution et conditions de détention dignes: les obligations positives du juge de la détention 187

Yannick Hostettler: Das Mass der zulässigen Einwirkung bei der verdeckten Ermittlung bzw. Fahndung gemäss Art. 293 StPO, insbesondere bei Drogengeschäften 192

Roberta Arnold: I risvolti penali della «guerra al terrorismo» 199

Claude Bertschinger/Eric Ehmann: «La Quenelle»: Rassendiskriminierende Geste oder nicht? – Besprechung von BGE 143 IV 308 206

Konrad Jeker/Camill Droll: Zum Anspruch auf wirksame Verteidigung – Besprechung von BGE 143 I 164 213

Laura Jetzer/Nora Markwalder: Plädoyer gegen die fahrlässige Mittäterschaft – Besprechung von BGE 143 IV 361 220

Thomas Fingerhuth: BGE-Praxis I/2018 227

DOKUMENTATION | DOCUMENTATION | DOCUMENTAZIONE 233

